

27.03.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

zu dem Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1662

Mithilfe des chemischen Recyclings Lücken schließen und die Kreislaufwirtschaft stärken

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Robin Korte

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/1662 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1662, wurde durch das Plenum am 23. November 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume zur Mitberatung überwiesen.

Die Fraktion der FDP fordert in ihrem Antrag:

„Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- kreislauffähige Produkte in die Förderrichtlinien zu integrieren und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass diese steuerlich begünstigt werden.
- die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass chemisches Recycling auf Recyclingquoten angerechnet werden können.
- auf Bundesebene für eine schnelle Aufnahme des chemischen Recyclings in das Verpackungsgesetz zu werben.
- einheitliche Standards für die Verwendung von Sekundärrohstoffen zu fördern und zu unterstützen.
- einen Round Table mit allen wichtigen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zu bilden, um das Recycling und die übergeordnete Kreislaufwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und Nordrhein-Westfalen zum Kreislaufwirtschaftsland Nr. 1 zu machen.
- Modellregionen der zirkulären Wirtschaft auszuschreiben und zu fördern - ähnlich den Ökomodellregionen.
- die Errichtung des Exzellenzzentrums zirkuläre Kunststoffwirtschaft NRW im Rheinischen Revier und das Circular Valley-Projekt weiter zu unterstützen und zu fördern.
- die Einrichtung von Reallaboren und Demonstrationsanlagen für Forschung, Entwicklung und kommerzielle Erprobung des chemischen Recyclings in Nordrhein-Westfalen aktiv voranzutreiben.
- sich dafür einzusetzen, dass Investitionen in Anlagen für das chemische Recycling mit Klimaschutzdifferenzverträgen (CCfD) angereizt und gefördert werden können.“

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat den Antrag am 30. November 2022 erstmalig beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 18. Januar 2023 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 18/126 dokumentiert.

Der mitberatende Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume hat sich an der Anhörung beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

eingeladen	Teilnehmer	Stellungnahme
kunststoffland NRW e.V. Dr. Ron Brintzer Düsseldorf	Dr. Ron Brintzer	18/185
Fraunhofer UMSICHT Professor Dr. Manfred Renner Oberhausen	Prof. Dr. Manfred Renner	---
bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. Dr. Thomas Probst Bonn	Dr. Thomas Probst	18/186
RWTH Aachen TEER Professor Dr. Peter Georg Quicker Aachen	Prof. Dr. Peter Georg Quicker	---
IG BCE Frank Löllgen Düsseldorf	Ömer Kirli	18/167
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Dr. Henning Wilts Wuppertal	Dr. Henning Wilts	18/176
Verband der Chemischen Industrie Landesverband Nordrhein-Westfalen Hans-Jürgen Mittelstaedt Düsseldorf	Keine Teilnahme	18/154
Plastics Europe Deutschland e.V. Dr. Alexander Kronimus Frankfurt am Main	Dr. Alexander Kronimus	

Der mitberatende Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 22. März 2023.

Die **Fraktion der FDP** erinnerte an den Besuch einiger Ausschussmitglieder bei der Kunststoffmesse K im vergangenen Jahr in Düsseldorf. Dort sei chemisches Recycling als Topthema gehandelt worden. Die Messe habe gezeigt, welches Potenzial diese Technologie berge, zumal in Nordrhein-Westfalen die gesamte Wertschöpfungskette des Kunststoffbereichs vertreten sei. Messebesucher aus allen Segmenten der Branche von der Chemischen

Grundstoffindustrie über die Hersteller bis hin zu mittelständischen Entsorgungsunternehmen hätten die Wichtigkeit des Themas betont. Ihnen zufolge bedürfe es jedoch eines klaren politischen Signals, dass Nordrhein-Westfalen chemisches Recycling tatsächlich wolle. Es müssten Pilotprojekte gestartet werden, damit das Land bei dieser Zukunftstechnologie nicht abgehängt werde. Ansonsten blieben Potenziale in einem Bereich ungenutzt, in dem es viele Stärken aufweise. Auch in der Anhörung habe unter den Sachverständigen größtenteils Einigkeit darüber bestanden. Die wenigen ablehnenden Stimmen hätten sich vor allem aus Angst vor Einschränkungen des stofflichen Recyclings gegen chemische Verfahren ausgesprochen. Die FDP-Fraktion wolle mit ihrem Antrag jedoch das chemische Recycling nicht als Ersatz, sondern als eine hervorragende Ergänzung vorantreiben.

Der **SPD-Fraktion** zufolge hätten die Ereignisse der vergangenen Monate der Welt und auch Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit des schonenden Umgangs mit Ressourcen noch einmal vor Augen geführt. Gerade NRW müsse prüfen, wo es die Kreislaufwirtschaft ausbauen könne, weil die heimische Industrie viele seltene Rohstoffe verarbeite. Mit der Circular Valley Stiftung und dem Prosperkolleg existierten bereits viele gute und möglicherweise wegweisende Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund und der Auswertung des Anhörungsprotokolls zufolge könne das chemische Recycling nach Ansicht der SPD-Fraktion einen Beitrag dazu leisten, dass das Bundesland überhaupt erst in der Kreislaufwirtschaft ankomme. Immerhin würden in den kommenden Jahren auch für die Energiewende viele Verbundstoffe benötigt.

Die **AfD-Fraktion** merkte an, die Technologie des chemischen Recyclings erscheine nur auf den ersten Blick dafür geeignet, die Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft zu erweitern, zumal die zugeführten Stoffe künftig an anderer Stelle fehlen würden, zum Beispiel bei der energetischen Verwertung durch die Müllverbrennung. So speise etwa das Müllheizkraftwerk in Essen seine Wärme in die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ein und versorge damit Tausende von Haushalten. Fehle diese künftig, müsste sie durch Energieerzeugung mit einer schlechteren Bilanz ersetzt werden. Dies würde eine ökologische und ökonomische Verschlechterung bedeuten. Die AfD-Fraktion stehe technologischen Entwicklungen, die zum Umweltschutz beitragen, grundsätzlich offen gegenüber. Das stoffliche Recycling von Grundstoffen mit hohem Reinheitsgrad finde man wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, weil es bereits heute hohe Wiederverwertungsquoten ermögliche. Das chemische Recycling erfordere als energieintensives und unwirtschaftliches Verfahren hingegen neue Subventionen. Man halte es zudem aufgrund der hohen Verwertungsverluste für ökologisch bedenklich. Das Öko-Institut spreche von einem Grundstoffverlust in Höhe von 53 %. Die AfD-Fraktion befürworte die weitere Forschung, lehne jedoch die im Antrag geforderte Subventionierung ab.

Die **CDU-Fraktion** betonte, sie halte die Transformation zur Kreislaufwirtschaft für notwendig. Um als Industrieland international wettbewerbsfähig zu bleiben und die Klimaziele zu erreichen, müssten die beiden Recyclingarten kombiniert werden. Das chemische Recycling könne das mechanische sinnvoll ergänzen. Der FDP-Antrag gehe in die richtige Richtung und greife wichtige Punkte auf. In der Anhörung dazu seien jedoch viele Fragen bezüglich der Technologie und des Forschungs- und Entwicklungsbedarfs offengeblieben und es sei auch Kritik geäußert worden. Die Diskussion im Umweltausschuss habe bekanntermaßen ebenfalls einige interessante Fragen aufgeworfen. Schwarz-Grün werde zwar Demonstrationsvorhaben in NRW begleiten und plane zudem ein Institut für Kunststoffrecycling, könne den vorliegenden Antrag jedoch nicht unterstützen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** dankte der FDP für die Einbringung des Antrags, aufgrund dessen das Thema in der entsprechenden Anhörung sehr breit und teilweise

kontrovers, jedoch grundsätzlich mit der gebotenen Tiefe diskutiert worden sei. Kreislaufwirtschaft bedeute jedoch, einen Kreis auch tatsächlich zu schließen; dies könne das chemische Recycling der Anhörung zufolge bisher nicht leisten. Schwarz-Grün nehme sich des Themas an und werde einen eigenen Antrag dazu einbringen, vertrete aber die Ansicht, dass Gründlichkeit in diesem Falle vor Geschwindigkeit gehe. Diesen Anspruch erfülle der vorliegende Antrag nicht, weil er das Thema einseitig betrachte und die verschiedenen, über das chemische Recycling hinausgehenden Aspekte und Notwendigkeiten des Kunststoffrecyclings außer Acht lasse.

Der **Landesregierung** zufolge kann chemisches Recycling einen Baustein zur Bewältigung der Transformation hin zur Klimaneutralität liefern. Auch der Sachverständigenanhörung zufolge sollte der Fokus beim Aufbau einer Kreislaufwirtschaft jedoch vorrangig auf der Abfallvermeidung durch langlebige Produkte, Leasingmodelle und Sharing Economy liegen. Wo immer möglich, sollte die Wiederverwendbarkeit schon im Design angelegt sein. Industrielle Prozesse müssten so angepasst werden, dass sie mit wenigen Rohstoffen auskämen, und geschlossene Kunststoff- und damit auch Kohlenstoffkreisläufe ermöglichten. Dabei sollten mechanisches und chemisches Recycling nicht gegeneinandergestellt, sondern gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Landesregierung arbeite im Rahmen der Aktivitäten von IN4climate.NRW genau daran und begleite zudem das nationale Gremium für zirkuläres Wirtschaften.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/204 verwiesen.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/1662 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie empfiehlt, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1662, abzulehnen.

Dr. Robin Korte
Vorsitzender